

Name und Anschrift des Bewerbers:

Ort:	Datum:
Telefon (Durchwahl):	Telefax:
E-Mail:	
Ust-Nr.:	

Markt Bruckmühl
 Rathausplatz 4
 83052 Bruckmühl

Zutreffendes ist ankreuzen oder ausfüllen!

Eigenerklärung zur Eignung Teilnahmewettbewerb National

(vom Bewerber bzw. Mitglied der Bewerbergemeinschaft, der bzw. das nicht präqualifiziert ist, auszufüllen)

Vergabenummer
PL_18008B

Baumaßnahme Rahmenvertrag gem. § 4a VOB/B: Nachträgliche Herstellung von Schmutzwasser- und Wasserhausanschlussleitungen
Leistung Kanal- und Wasserleitungsbau mit Oberflächenentwässerung

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen	in	€	davon Eigenleistung	€
	in	€	davon Eigenleistung	€
	in	€	davon Eigenleistung	€

drei Jahren *)
 fünf Jahren**)
 Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

1. Referenz:	Bezeichnung der Baumaßnahme:
2. Referenz:	Bezeichnung der Baumaßnahme:
3. Referenz:	Bezeichnung der Baumaßnahme:

*) Vergabeverfahren nach Abschnitt 1 VOB/A.
 **) Vergabeverfahren nach Abschnitt 2 oder 3 VOB/A.

Die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufs- bzw. Lohngruppen mit extra ausgewiesenem technischen Leitungspersonal

Berufsgruppe/Lohngruppe	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr

<p>Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes</p>	<p><input type="checkbox"/> Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister unter der Nummer beim Amtsgericht</p> <p><input type="checkbox"/> Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.</p> <p>Ich gehöre/wir gehören zu</p> <p><input type="checkbox"/> Handwerk <input type="checkbox"/> Industrie <input type="checkbox"/> Handel <input type="checkbox"/> Versorgungsunternehmen <input type="checkbox"/> Sonstigem</p>
---	--

Falls ich/wir zur Angebotsabgabe aufgefordert werden soll(en), werde(n) ich/wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorlegen: Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer

		Ja	Nein
<p>Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde</p>	Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde beantragt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde eröffnet.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlich geregelten Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde(n) ich/wir ihn auf Verlangen vorlegen.

		Ja	Nein
<p>Angaben, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet</p>	Mein/Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Angabe über schwere Verfehlungen gemäß
§ 6a Abs. 2 Nr. 7 VOB/A**

Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellt, z.B.

- wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB),
- wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO),
- wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO),
- rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen mich/uns oder Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben einschließlich der Überwachung der Geschäftsführung oder der sonstigen Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung wegen:

Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitsstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu, verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen (§ 89c StGB), Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr), Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129 StGB), Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB), kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland (§ 129b StGB), Menschenhandel (§§ 232, 233 StGB), Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324 324a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), Vorteilsgewährung (§ 333 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB.

die mit Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne der genannten Vorschriften stehen einer Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

KFB T 8
(Eigenerklärung zur Eignung - Teilnahmewettbewerb - national)

Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt ist, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterliegen	Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.
---	---

Falls ich/wir zur Angebotsabgabe aufgefordert werden soll(en), werde(n) ich/wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse*), eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes**) sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat	Ich bin/Wir sind Mitglied <input type="checkbox"/> der Berufsgenossenschaft unter Nummer: <input type="checkbox"/>
--	--

Falls ich/wir zur Angebotsabgabe aufgefordert werden soll(en), werde(n) ich/wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft (sofern diese nicht verfügbar ist, eine gleichwertige Bescheinigung des für mich/uns zuständigen Versicherungsträgers) mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen der Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und meine/unsere Bewerbung nicht mehr berücksichtigt wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

Ort, Datum, Unterschrift *)**

Ort

Datum

Unterschrift

*) Soweit mein/unser Betrieb beitragspflichtig ist.
**) Soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt.
***) Bei elektronischer Versendung ohne Unterschrift gültig.